



über die
2. Sitzung des Straßenverkehrsausschusses
am Dienstag, dem 28.08.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Frau Ute Ebeler
Herr Wolfgang Gockel
Frau Astrid Gube
Frau Ursula Müller
Herr Werner Schlüter
Herr Hans-Jürgen Senne
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Frau Susanne Middendorf
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Franz Hugo Weber
Herr Martin Wilhelm

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Hans-Peter Kaminski

Sachverständige gem. Beschluss des Straßenverkehrsausschusses

Herr Manfred Böttcher
Herr Manfred Grod
Herr Ulrich Lenz
Herr Norbert Mannke
Herr Thomas Stoltefuß

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Reiner Brüggemann
Frau Ulrike Bublit
Herr Norbert Koßmann
Herr Uwe Liedtke

Entschuldigt fehlten

Herr Robert Biedermann
Herr Andreas Feld
Herr Uwe Frank
Herr Andreas Friedhoff
Herr Wolfgang Schmücker
Herr Wilfried Weigel

Frau **Müller** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ergab sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Überörtliche Verkehrsbänder und Verkehrsmengen hier: Bericht der Verwaltung	056/2007
2	Bericht zur Unfallkommission hier: Bericht der Verwaltung	
3	Radverkehr in der sanierten Innenstadt	
4	Ausweisung von Parkplätzen für Familien hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2007	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Überörtliche Verkehrsbänder und Verkehrsmengen
hier: Bericht der Verwaltung

Eingangs teilte Herr **Liedtke** mit, dass er zu diesem TOP über

die Verkehrsmengen auf den überörtlichen Verkehrsverbindungen, die Lichtzeichenanlagen an den Kreuzungen und Einmündungen des Westringes und des Nordringes und das Projekt Ruhrpilot

berichten werde:

Vorab teilte er mit, dass die Verkehrsmengen den Verkehrszählungen des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2000 und denen des Jahres 2005 entnommen und anschließend miteinander verglichen worden seien. Die Auswertung der Zählungen des Jahres 2005 hätten beim Land NRW einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen, so dass erst im Jahre 2007 die Zahlen zur Verfügung gestellt werden konnten. Die einzelnen Mengengerüste werde er von westlicher in östlicher Richtung vorstellen, so dass mit Methler begonnen werde. Anhand einer PowerPoint-Präsentation wurden die einzelnen Verkehrsbänder vorgestellt.

Insgesamt sei im Stadtgebiet im Jahre 2005 an den meisten Zählpunkten eine Verringerung der Verkehrsmengen gegenüber denen des Jahres 2000 festzustellen, wobei auf der Wasserkurler Straße ein Rückgang von fast 25 % zu beobachten sei. Hierzu sei anzumerken, dass die Verwaltung aufgrund dieser Ergebnisse beim Land nachgefragt habe, ob hier möglicherweise Verwechslungen / Fehler etc. vorliegen könnten. Vom Land sei betont worden, dass Recherchen bei allen Zählungen vorgenommen worden seien. Es sei festgestellt worden, dass alle Zählungen einwandfrei verlaufen seien.

Auch dort habe man keine Erklärung (z. B. Baustellen), warum es insgesamt in 2005 zu einem Rückgang der Verkehrsmengen im Vergleich zum Jahre 2000 gekommen sei.

Anschließend ging er auf die Zählstelle L 678 / B 233 (Unnaer Straße) ein, welche sich unmittelbar an der Stadtgrenze zu Unna befindet. Hier sei es zu einer Erhöhung der Verkehrs menge um 11.600 auf 26.000 gekommen.

Eine Abnahme der Verkehrsmengen sei auf der Heerener Straße und der Werver Mark zu beobachten gewesen. Allerdings war hier keine Zählung auf Kamener Gebiet vorgenommen worden, sondern lediglich auf Unnaer bzw. Bönener Gebiet.

An diesen beiden Zählstellen erkläre sich die Abnahme der Verkehrsmengen nach Meinung des Landes wohl durch die fast zwei Jahre andauernde Großbaumaßnahme.

Auf den übrigen Landstraßen und Kreisstraßen sei ebenfalls eine Reduzierung der Verkehrsmengen festzustellen.

Lediglich auf der Kreisstraße 41 (Mühlenstraße/Schimmelstraße) sei eine Zunahme von 50 % zu beobachten gewesen, was aber wohl auf eine Bau-
maßnahme in der Königstraße zurückzuführen sei.

Zu dem Mengengerüst im Kamen Karree war Herr **Wilhelm** der Meinung, dass hier wesentlich mehr Ziel- und Quellverkehr von den Autobahn-
auffahrten bzw. -abfahrten auf die Kreuzung Kamen Karree / Schattweg
zukomme als noch im Jahre 2000.

Herr **Knop** fragte an, ob IKEA schon im Jahr 2000 am neuen Standort im
Kamen Karree ansässig war. Die Frage wurde von Herrn **Liedtke** verneint,
da der Neubau von IKEA erst im November 2004 bezogen wurde.

Herr **Knop** vertrat die Auffassung, dass sich die Mehrverkehre überwiegend
durch die Ansiedlung des IKEA-Einrichtungshauses erklären.

Ebenfalls dieser Meinung war eine überwiegende Anzahl der Mitglieder des
Straßenverkehrsausschusses, die im übrigen auch auf andere Gewerbe-
betriebe, wie z.B. McDonald's und MÄX im Kamen Karree hinwiesen.

Anschließend ging Herr **Liedtke** auf die Verkehrssituation in den Kreu-
zungspunkten
Hochstraße / Lünener Straße / Westring und
Auf dem Spiek / Kämertorstraße / Westring / Nordring / Stormstraße
ein.

Aufgrund von Anregungen aus der Bürgerschaft und durch Prüfungen der
Verwaltung sei festgestellt worden, dass Verbesserungen für den fließen-
den Verkehr bzw. den Fußgängerverkehr wünschenswert und erforderlich
seien.

Herr Boss von der Fachfirma Gesellschaft für Verkehrstechnik habe in der
letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses über die dortigen Proble-
matiken berichtet. Um eine Reduzierung der Wartezeiten für die genannten
Verkehrsteilnehmer zu erreichen, müsse nun eine Untersuchung und eine
generelle Überplanung der Signalanlagen durch ein Ingenieurbüro vorge-
nommen werden.

Die Ergebnisse des auf Grundlage dieser Überplanungen verfassten Gut-
achtens müssten dann in die neu zu erstellende Software der betroffenen
Lichtzeichenanlagen einfließen.

Herr **Liedtke** referierte abschließend über das elektronische Leitsystem
„Ruhrpilot“.

Die Standorte im Stadtgebiet Kamen

Dortmunder Allee, im Bereich der Autobahnpolizei,
Lünener Straße, Nähe Einmündung Herbert-Wehner-
Straße,
Münsterstraße, Nähe Einmündung Querstraße,
Hochstraße, Haltestelle an der Heerener Straße

wurden per Bildprojektion vorgestellt.

Ein derartiges Verkehrsmanagement sei bisher einmalig in der Bundes-
republik Deutschland, wobei sich die Zentrale der Ruhrpilot GmbH in Essen
befinde. Es handele sich dabei um ein Projekt, bei dem mehrere private

Unternehmen sowie die öffentliche Hand beteiligt seien, wobei die Siemens AG die größten Anteile an dem Projekt halte.

Das Ruhrgebiet sei aufgrund der Verkehrsbelastung als Pilotprojekt ausgewählt worden. Langfristig sei geplant, das System in allen Ballungsgebieten der Bundesrepublik einzusetzen.

Bisher sei das System in den Städten Bochum, Essen und Dortmund in Betrieb.

Die in diesen Städten ermittelten Verkehrsmengenbewegungen könnten bereits jetzt im Internet kostenlos abgefragt werden.

Die für Kamen vorgesehenen Standorte seien allerdings noch nicht in Betrieb, wobei die entsprechenden Masten bereits installiert seien. Es werde davon ausgegangen, dass Ende des Jahres 2007 oder im Laufe des Jahres 2008 das gesamte Ruhrgebiet an das Projekt angeschlossen sein werde. Die Messstellen würden die Verkehrsmenge, die Verkehrsdichte und auch die Verkehrsart (LKW etc.) unterscheiden können. Die entsprechenden Daten würden dann an die Zentrale in Essen gesendet, von wo aus jeder Verkehrsteilnehmer, z.B. auch mit dem Mobiltelefon – dann allerdings kostenpflichtig –, die Verkehrsbewegungen abfragen könne. Das System könne keine Geschwindigkeiten messen und keine Kennzeichen erfassen.

Insgesamt gesehen könnten Vorhersagen über Staus, sich bildende Staus und Verkehrsentwicklungen abgefragt werden. Kurzfristig sei vorgesehen, dass bei Verkehrsunternehmen auch die aktuellen Fahrzeiten und Standorte von Bussen und Bahnen beim System erfragt werden können.

Bezüglich der vorgestellten Verkehrsmengengerüste teilte er mit, dass die vorgestellten Zählungsergebnisse vom Land Nordrhein-Westfalen mitgeteilt wurden und eigene Zählungen nicht eingeflossen seien. Bezüglich der Messstellen auf der L 665 (auf Kamener Stadtgebiet „Werder Mark“) würde die geringe Verkehrsmenge aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Großbaumaßnahme in der Ortsdurchfahrt Heeren-Werve zurückzuführen sein.

An Herrn Wilhelm gewandt fügte er hinzu, dass allerdings die Zählungen des Jahres 2000 relevant seien, wo an der Zählstelle Unna-Königsborn ca. 11.000 Fahrzeuge gezählt worden seien. Diese Zahl sei auch von Herrn Wilhelm in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses genannt worden. Es sei davon auszugehen, dass diese Verkehrsmenge auch für die Ortsdurchfahrt in Heeren-Werve zutreffend sei.

Herr **Brüggemann** ergänzte zu dem Vortrag des Herrn Liedtke, dass der Plan über die Präsentation der Messstellen der Niederschrift als Anlage beigelegt werde.

Zu TOP 2.

Bericht zur Unfallkommission
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Bublitz** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über die Ergebnisse der am 23.05.2007 stattgefundenen Sitzung der Unfallkommission.

Im Jahre 2006 habe sich im Stadtgebiet Kamen der Kreisverkehr Nordenmauer / Nordstraße zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt. Insgesamt hätten sich hier sechs Unfälle mit drei Leichtverletzten ereignet. In vier Fällen wären Vorfahrtverletzungen die Unfallursachen gewesen, zweimal hätten Geschwindigkeitsüberschreitungen in Verbindung mit Alkohol zu den Unfällen geführt. Zur Verbesserung der Verkehrssituation habe die Unfallkommission den Beschluss gefasst, dass im Bereich der Zu- und Ausfahrten des Kreisverkehrs ein weiträumiger Rückschnitt der vorhandenen Begrünung durchzuführen sei und alle Fahrbahnmarkierungen zu erneuern seien. Frau Bublitz führte weiter aus, dass die genannten Maßnahmen bereits Ende Juli 2007 durchgeführt worden seien.

Als weitere Unfallhäufungsstelle sei der Kreuzungsbereich Dortmunder Allee (L 663) / Südkamener Straße in der Unfallkommission erörtert worden.

Hier hätten sich sechs Unfälle mit einem Leichtverletzten ereignet. Es handele sich dabei um vier Vorfahrtsverletzungen, von denen sich zwei unter Alkoholeinfluss ereigneten. Bei den übrigen beiden hätten Auffahrunfälle vorgelegen.

Zur Verbesserung der Situation sei der Beschluss gefasst worden, bis Ende Juli 2007 durch die Verwaltung der Stadt Kamen eine Ermittlung der Geschwindigkeit in Höhe der Ortseingangstafel (aus Richtung Unna-Afferde kommend) vorzunehmen.

Sollten sich dabei Geschwindigkeitsüberschreitungen ergeben, sei anschließend das Verkehrszeichen 274-55 (50 km/h) ca. 200 m in südliche Richtung zu versetzen. Hierbei sei dann die vorhandene Tempotrichterung zu beachten und anzupassen.

Ferner sei vom Landesbetrieb Straßenbau NRW beabsichtigt, den Fahrbahnbelag zu erneuern und anschließend neu zu markieren.

Die von der Stadt Kamen durchgeführte Geschwindigkeitsmessung habe ergeben, dass 85 % der gemessenen Fahrzeuge eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 60 km/h fuhren. Aufgrund dessen sei vom Landesbetrieb Straßenbau NRW das Verkehrszeichen 274-55 (50 km/h) in die Nähe der Einmündung der Bückeburger Straße versetzt worden. Die Trichterungen seien angepasst worden.

Die Erneuerung der Fahrbahndecke und der Markierungen sei beabsichtigt, vom Landesbetrieb noch in diesem Jahr vorzunehmen.

Anmerkung: Die Maßnahmen sind Ende Oktober 2007 beendet worden.

Zu der dritten und letzten Unfallhäufungsstelle im Kreuzungsbereich Westicker Straße (K 40) / Lindenallee (L 821) führte Herr **Brüggemann** wie folgt aus:

Der Kreuzungsbereich sei im Jahre 2006 erneut als Unfallhäufungsstelle in Erscheinung getreten. Insgesamt hätten sich hier sechs Unfälle mit einem Schwerverletzten und drei Leichtverletzten ereignet. Bei allen Unfällen habe es sich um Vorfahrtsverletzungen gehandelt.

Zur Beseitigung der Unfallhäufungsstelle sei von der Unfallkommission festgehalten worden, dass neben einer Ermittlung der Geschwindigkeit auf allen vier Ästen und Aufstellung von zusätzlichen Verkehrszeichen (Unfallhäufungsstelle) eine Lichtsignalanlage errichtet werden soll. Dies mit Blick darauf, dass nach Aussagen der an der Unfallkommission beteiligten Landesbediensteten für die Errichtung einer Lichtsignalanlage vermutlich

bereits im Jahre 2008 Haushaltsmittel vorhanden seien, während der Bau eines Kreisverkehrs erst in wesentlich späteren Jahren erfolgen könne.

Dieser Vorschlag stünde allerdings der Philosophie des Straßenverkehrsausschusses der Stadt Kamen entgegen, nach der zum besseren Verkehrsfluss und aus weiteren Gründen (geringerer CO²-Ausstoß, keine Folgekosten) dem Bau von Kreisverkehren der Vorzug gegeben werde. Die Überlegungen seien im Jahre 2002 aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion in eine Prioritätenliste bezüglich des Baus von Kreisverkehren eingeflossen. Danach belegte der Kreisverkehr den Rang 6 dieser Liste. Im diesbezüglichen Beschluss des Straßenverkehrsausschusses sei u.a. festgehalten worden, dass die Auflistung nicht statisch sei und besondere Entwicklungen die vorgesehene Reihenfolge verändern könnten.

Einige der damaligen gewünschten Kreisverkehre seien mittlerweile realisiert.

Aufgrund der jetzt wieder erfolgten Zuordnung des genannten Kreuzungsbereichs als Unfallhäufungsstelle genieße der Ausbau an dieser Stelle nunmehr eine hohe Priorität.

Um dem Grundgedanken des Straßenverkehrsausschusses nachzukommen, habe die Verwaltung Überlegungen angestellt, wie nach den Aussagen der Unfallkommission gleichwohl eine Kreisverkehrslösung zeitnah erfolgen könne.

Die Verwaltung plane daher, vorab die Kosten für die Errichtung einer Lichtzeichenanlage und eines Kreisverkehrs zu ermitteln. Bezüglich des Kreisverkehrs solle dabei von einem Provisorium ausgegangen werden, wie es zurzeit im Kreisverkehr Germaniastraße / Händelstraße / Robert-Koch-Straße im Einsatz ist.

Da in nächster Zeit beabsichtigt sei, eine Kanalbaumaßnahme aus der Germaniastraße unter dem Kreisverkehrsprovisorium hindurch zu führen, könne nach Fertigstellung dieser Maßnahme das Provisorium zur Kreuzung Lindenallee / Westicker Straße verlegt werden.

Um hier Rechtssicherheit zu schaffen, sei geplant, ein Ingenieurbüro mit dem Ziel zu beauftragen, die Funktionsweise und die Kosten einer Kreisverkehrslösung in einer Schlichtversion – Provisorium – zu überprüfen und die Kosten ermitteln zu lassen. Parallel hierzu sei vorgesehen, eine Erörterung dieser Problematik auf Leitungsebene zwischen der Verwaltung einerseits und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW andererseits mit dem Ziel zu führen, evtl. bereitstehende Mittel für eine Lichtzeichenanlage (wohl ca. 100.000 bis 150.000 €) zugunsten eines Kreisverkehrsprovisoriums umzuschichten, wenn der Finanzaufwand in etwa auf gleichem Niveau läge.

Alternativ sei geplant, auch den Bau eines Kreisverkehrs unter Anrechnung der Erstellungs- und Betriebskosten einer Lichtzeichenanlage anzuspitzen.

Als weitere Möglichkeit zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes sei von der Unfallkommission die Aufmarkierung einer Rüttelstrecke angedacht worden. Hierauf sei zunächst allerdings bei näherer Erörterung verzichtet worden, weil Lärmbelastigungen für die Anlieger befürchtet worden seien.

Nach Gesprächen mit Anwohnern sei die Verwaltung allerdings zu der

Überzeugung gekommen, dass eine abgeschwächtere Rüttelstrecke aufmarkiert werden sollte. Falls es zu Lärmbelästigungen kommen sollte, würde die Rüttelstrecke wieder demarkiert.

Weiterhin war von den Anwohnern vorgeschlagen worden, in den Einmündungsbereichen von der Westicker Straße in die Lindenallee Sperrflächen einzubringen, in welche Poller aufgestellt werden sollten, wie im Kreuzungsbereich Lortzingstraße / Robert-Koch-Straße / Lindenallee. Um diese aufgezeigten Möglichkeiten zu realisieren, werde die Verwaltung mit den Mitgliedern der Unfallkommission Kontakt aufnehmen.

Herr **Grod** wies darauf hin, dass es eine Rüttelstrecke bereits an der Autobahnabfahrt von der A 1 auf die Unnaer Straße (L 678 / B 233) gäbe.

Herr **Fuhrmann** sah beim Aufbringen einer Rüttelstrecke Probleme bei Zweiradfahrern im Winter.

Herr **Brüggemann** merkte hierzu an, dass der Fahrradverkehr den Seitenstreifen benutze und motorisierte Zweiräder aufgrund einer nur geringen Höhe der Rüttelstrecke eher nicht gefährdet seien.

Es sei vorgesehen, falls ein Kreisverkehrsprovisorium errichtet werde, um das Provisorium herum eine Wasser führende Rinne einzubringen. Hierdurch würde verhindert, dass es stellenweise zu Vereisungen der Fahrbahn wie im Kreisverkehr Germaniastraße / Händelstraße / Robert-Koch-Straße kommen könne.

Herr **Kaminski** vertrat die Auffassung, dass die Rüttelstrecke aufmarkiert und die Poller aufgestellt werden sollten, bevor für weitere Maßnahmen hohe Geldsummen aufgewendet würden. Es bestünde auch die Möglichkeit, an der Kreuzung ein ausgesondertes Polizeifahrzeug aufzustellen. Dies im Hinblick darauf, dass hier schon mehrere Jahre eine Unfallhäufungsstelle vorliege.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass die Aufstellung eines Polizeifahrzeuges nur kurzzeitig Abhilfe schaffen würde, da sich danach ein Gewöhnungseffekt einstelle.

Herr **Böttcher** stimmte den Ausführungen von Herrn Brüggemann zu.

Zu TOP 3.
056/2007

Radverkehr in der sanierten Innenstadt

Anhand einer Bildprojektion stellte Herr **Liedtke** den in der Vorlage angesprochenen Bereich in der Fußgängerzone vor.

Anschließend ging er auf die Historie ein und merkte an, dass sich der Radweg auf der Adenauerstraße innerhalb der 12 Jahre seines Bestehens bewährt habe, was der Verwaltung auch bestätigt worden sei. Wie verschiedene Ortstermine innerhalb der Innenstadt ergaben, werde der neu angelegte Radweg innerhalb der Baumallee weiterhin gut angenommen, wobei sich die Mehrzahl der Radfahrer an den durch die Baumallee vorgegebenen Verlauf des Radweges halte.

Wie in der Vorlage ausgeführt, würden Radfahrer über die Adenauerstraße in den Willy-Brandt-Platz bzw. in die Weststraße und Marktstraße einfahren. Dies habe zu Problemen und verschiedentlich zu Gefährdungen von Passanten geführt. Wie Überprüfungen ergeben hätten, ist eine vollständige Freigabe der Fußgängerzone für den Radfahrerverkehr aus Sicherheitsgründen nicht machbar, weil die meisten Straßenbereiche in der Weststraße, der Marktstraße und der Weerenstraße und Teile des Willy-Brandt-Platzes für die Aufnahme von Radverkehr zu schmal seien.

Da aus städtebaulicher Sicht eine Markierung des Radweges nicht mehr möglich sei, sei vorgesehen, die Verkehrszeichen „Beginn eines Fußgängerbereichs“ an der Adenauerstraße, jeweils links und rechts des Pavillons des Reisebüros, auszuschildern. Ferner sei geplant, die gleiche Ausschilderung an dem Zugang von der Kämerstraße zum Willy-Brandt-Platz und - nach Fertigstellung der Baumaßnahme in der Kampstraße - auch an dem Zugang Willy-Brandt-Platz / Kampstraße vorzunehmen.

Herr **Knop** merkte hierzu an, dass er Verständnis für die Lage der Verwaltung habe, da, wie er gelesen habe, es Probleme zwischen Radfahrern und Fußgängern gegeben habe.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass es Konflikte zwischen den in der Vorlage genannten Nutzern auf dem Willy-Brandt-Platz und auf der Weststraße gegeben habe.

Es seien nicht nur Erwachsene betroffen, sondern, insbesondere auf der Weststraße, in der auch Spielgeräte aufgestellt seien, auch Kinder.

Die Verwaltung werde dem Straßenverkehrsausschuss nach ca. einem halben Jahr aufgrund von Erfahrungswerten des zuständigen Bezirksbeamten der Polizeiinspektion Nord berichten.

Von Frau **Middendorf** wurde bestätigt, dass es in der Fußgängerzone ab und an zu Konflikten zwischen Radfahrern und Fußgängern gekommen sei. Wie sie darüber hinaus beobachtet habe, führen Radfahrer selbst in der Bahnhofstraße gegen die vorgegebene Einbahnstraßenrichtung und auf den Gehwegen.

Von daher befürworte sie die geplanten Ausschilderungsmaßnahmen der Verwaltung.

Frau **Müller** war ebenfalls der Meinung, dass hier eine gute Lösung seitens der Verwaltung erarbeitet worden sei.

Zu TOP 4.

Ausweisung von Parkplätzen für Familien
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2007

Für die Antragstellerin, die SPD-Fraktion, bemerkte Frau **Zühlke**, dass ihre Fraktion den Antrag gestellt habe, um Eltern mit Kindern das Ein- und Aussteigen aus Fahrzeugen zu erleichtern.

Zur Begründung verwies sie auf die Ausführungen im Antrag.

Frau **Middendorf** richtete an Frau Zühlke die Frage, um welche Anzahl von Parkplätzen es sich denn handeln solle. Ferner würde sie dem Antrag entnehmen, dass die angestrebten Parkplätze für Familien etwa die Ausmaße wie Behindertenparkplätze haben sollten, hierdurch würde Parkraum

vernichtet.

Im Übrigen habe die Ausweisung von derartigen Parkplätzen nur Appellwirkung, da, wie sie wisse, es keine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung derartiger Parkplätze gäbe.

Frau **Müller** entgegnete hierzu, dass die benötigte Anzahl der Parkplätze für Familien durch die Überprüfung der Verwaltung festgelegt werden solle. Wie Frau Middendorf richtig erkannt habe, sollten die Plätze lediglich in der Breite erweitert werden, damit, wie im Antrag ausgeführt, ein Kinderwagen wie auch Maxi-Cosis problemlos aus einem Fahrzeug entnommen werden könnten.

Ihre Fraktion sei sich bewusst, dass eine derartige Ausschilderung lediglich Appellwirkung habe.

Herr **Kaminski** wies darauf hin, dass auch Senioren die Innenstadt aufsuchen würden und mehr Platzbedarf auf den Parkplätzen hätten. Ferner vertrat er die Auffassung, dass die Verwaltung eine sog. „Brötchentaste“ und Kurzparkplätze einführen sollte.

Herr **Brüggemann** erwiderte hierzu, die Einführung einer sog. „Brötchentaste“ beinhalte auch gleichzeitig die Aufstellung von Parkautomaten. Dabei würde es sich um eine Parkraumbewirtschaftung handeln, die bisher aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für erforderlich gehalten worden sei.

Herr **Knop** merkte an, dass die FDP-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion begrüße. Er schlage vor, dass bei Einrichtung von Familienparkplätzen auch auf Behindertenparkplätze zurück gegriffen werden solle, da einige oft über Tage nicht besetzt seien.

Beschluss:

Der Straßenverkehrsausschuss beauftragt die Stadtverwaltung Kamen zu überprüfen, an welchen Stellen im Stadtgebiet es möglich ist, bereits bestehende Parkplätze für die Nutzung durch Pkw-Fahrer in Begleitung eines Säuglings oder Kleinkindes mit Kinderwagen vorzuhalten. Diese Parkplätze sollten in etwa die Maße eines Behindertenparkplatzes haben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1

Frau **Bublitz** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass der ADFC, Kreisverband Unna, u.a. für das Stadtgebiet Kamen mit Schreiben vom 04.06.2007 beantragt habe, alle Umlaufsperrren (auch Hastgitter genannt) auf Radwegen gemäß den Empfehlungen des Arbeitskreises Radverkehr im Kreis Unna darauf hin zu überprüfen, ob sie entfernt oder umgebaut werden können.

Eine Abstimmung mit anderen kreisangehörigen Kommunen habe ergeben, dass der Antrag nach den jeweiligen bisherigen Vorgehensweisen unterschiedlich gehandelt werde.

Im Stadtgebiet Kamen habe bereits aufgrund eines Beschlusses des Straßenverkehrsausschusses aus dem Jahre 1999 eine Überprüfung aller Umlaufsperrungen stattgefunden. Daraufhin seien ggf. Anpassungen an den Umlaufsperrungen vorgenommen bzw. seien auch Sperrungen entfernt worden.

Die Verwaltung plane bezüglich des jetzigen Antrages des ADFC im Bedarfsfall in eine Einzelfallüberprüfung einzutreten. Aus diesem Grunde werde der ADFC gebeten, ggf. entsprechende Örtlichkeiten zu benennen. Die Verwaltung werde anschließend nach erfolgter Gefährdungsabschätzung und unter Berücksichtigung der verkehrlichen Gegebenheiten eine Anpassung / Entfernung der jeweiligen Umlaufsperrung vornehmen.

Anfragen

5.2.1

Herr **Fuhrmann** verwies auf den Punkt „Mitteilung der Verwaltung“ in der Anlage der Einladung zur jetzigen Sitzung des Straßenverkehrsausschusses.

Es sei mitgeteilt worden, dass die Verwaltung nach Gesprächen mit der Firma Gülde und der Polizeiinspektion Nord einen Teil des Gehweges gegenüber der Firma Gülde für das Parken von LKW freigegeben habe und beabsichtige, zusätzlich eine Wartefläche für LKW einzurichten. Die Regelungen würden grundsätzlich begrüßt.

Seines Erachtens sei allerdings der Gehweg für das Gewicht eines LKW's nicht ausgelegt, so dass Beschädigungen befürchtet würden.

Ferner sei festgestellt worden, dass das VZ 306 (Hauptverkehrsstraße) noch nicht vor die Einmündung der Straße "Hemsack" versetzt worden sei. Ferner sei das Verkehrszeichen 274 „70 km/h“ noch nicht versetzt worden.

Bezüglich der möglicherweise noch zu erfolgenden Erweiterung des Standstreifens möchte er anmerken, dass die Fahrbahn der Westicker Straße dann nicht mehr die nötige Dimension aufweisen könnte.

Herr **Brüggemann** teilte hierzu mit, dass die Verwaltung die Belastung des Gehweges gesehen habe und diesen ggfs. wieder herstellen müsse.

Zur Überprüfung der rechtlichen sowie der örtlichen Gegebenheiten sei die Verwaltung sowie die Kreisverwaltung Unna der Meinung, dass an der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h in Richtung Methler auch nach Versetzung der Ortseingangstafel festgehalten werden sollte.

Die Versetzung des VZ 306 werde überprüft. Bezüglich des Standstreifens werde die Verwaltung überprüfen, ob eine Verbreiterung der Fahrbahn der Westicker Straße notwendig sei. Gegebenenfalls müsse die parallel verlaufende Linksabbiegespur ebenfalls verkleinert werden.

5.2.2

Herr **Senne** fragte an, wann die Ausschilderung der Verkehrszeichen „Radfahrer frei“ an den Gehwegen der Dortmunder Allee vorgenommen werde.

Herr **Koßmann** teilte hierzu mit, dass die Ausschilderung der Verkehrszeichen bereits angeordnet sei.

Da es sich bei derartigen Verkehrszeichen um Sonderzeichen handele, könne sich die Ausschilderung bis zu drei Monaten nach Erstellung der Anordnung hinziehen. Es werde daher um Geduld gebeten.

5.2.3

Herr **Schlüter** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass einige Anwohner der Straße „Südfeld“ (Tempo 30-Zone) der Auffassung seien, dass dieser Teilbereich nach dem Neuausbau von einigen Kraftfahrzeugführern mit zu hohen Geschwindigkeiten befahren werde.

Von der Verwaltung wurde eine entsprechende Weiterleitung an die Polizeiinspektion Nord zugesagt.

Anmerkung: bereits erledigt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Müller
Vorsitzende

gez. Bublitz
Schriftführerin